

Einleitung

Das Thema Inklusion greift mehr und mehr Raum. So wird in Baden-Württemberg neben dem Inklusionspreis auch eine neue Beratungsstelle zur Umsetzung der Inklusion in Kommunen gegründet werden. „Die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist für die Kommunen eine große Herausforderung. Wir wollen sie dabei unterstützen und beraten“, sagt Sozialministerin Katrin Altpeter. Sie reagiert auf die Forderung der EU, die EU-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Das ist richtig und wichtig. Die Inklusion bietet jedoch viel mehr Chancen als „nur“ die vollständige Teilhabe vom Menschen mit Behinderung. Sie könnte ebenso als Zukunftsfrage im Diskurs platziert werden. Die Potentiale würden deutlich und der Begriff hätte damit eine weitaus positivere Konnotation.

Es kann auch so gehen: Eine Anzahl Best-Practice-Projekte finden sich bereits unter den Nominierten für den Wettbewerb „Gesundheits- und Dienstleistungsregion von morgen“. In dieser Ausgabe rezensieren wir das Diskussionspapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Anleitung zum Wenigersein“. Hier wird ein weitgehender Vorschlag für eine Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels präsentiert.

Außerdem stellen wir Ihnen eine Vortragsreihe zum demografischen Wandel vor, deren Vorlesungen im Internet heruntergeladen werden können, was einen besonders breiten Nutzerkreis ermöglicht.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre und freuen uns über Anregungen und Verbesserungsvorschläge (info@ibis-institut.de).

Ihr İbis Team

İbis - Infodienst Demografie 03/13

Einleitung

Landesinklusionspreis Baden-Württemberg

Warten auf das Ergebnis der 2. Phase des Wettbewerbs „Gesundheits- und Dienstleistungsregionen von morgen“

Ältere als (Ko-)Produzenten von Quartiersnetzwerken

Vortragsreihe zum demografischen Wandel

Schwarzes Loch in der Einwohnerstatistik – Fortsetzung des Zahlenkrimis

İbis – Rezension: Vorschlag für eine neue Demografiestrategie - Anleitung zum Wenigersein

Inklusionspreis des Landes Baden-Württemberg

Zum ersten Mal wird in Baden-Württemberg von den Ministerien für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren und Kultus, Jugend und Sport sowie dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Landesinklusionspreis ausgeschrieben.

Es geht um das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen in den Bereichen „Wohnen“, „Arbeiten“, „Freizeit, Kultur und Sport“ sowie „Bildung und Erziehung“. In jeder dieser Kategorien werden ein 1. Preis mit 15.000 €, ein 2. Preis mit 5.000 € und ein 3. Preis mit 3.000 € vergeben. Bis zum jeweils 10. Platz werden Anerkennungspreise verliehen. Die Preisgelder sollen für die Projekte verwendet werden. Prämiert werden auch bereits bestehende Projekte / Initiativen. Bewerben können sich Organisationen, Einrichtungen, Träger, Schulen und Vereine aus Baden-Württemberg. Bewerbungsschluss ist der 28.02.2014.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Impressum:

Herausgeber: İbis - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare

Bismarckstraße 120

47057 Duisburg

Kontakt, An- und Abmeldung: info@ibis-institut.de

Redaktion: Patricia Jessen, Judith Schandra, Frank Jessen

Warten auf das Ergebnis der 2. Phase des Wettbewerbs „Gesundheits- und Dienstleistungsregionen von morgen“

Im Rahmen des Wissenschaftsjahres "Die demografische Chance" rief das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Wettbewerb „Gesundheits- und Dienstleistungsregionen von morgen“ aus. Ziel des Wettbewerbs ist, es Regionen dabei zu unterstützen, medizinische, pflegerische und soziale Dienstleistungsangebote zum Nutzen aller Beteiligten systematisch miteinander zu vernetzen. In den Bereichen „Krankheiten besser therapieren mit individualisierter Medizin“, „Auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen“ und „Mehr Gesundheit durch gezielte Prävention und Ernährung“ sollen konkrete Forschungsbeiträge unterstützt und gefördert werden.

Im April wurden die 12 Gewinner der ersten Phase bekannt gegeben. Daraufhin mussten diese in einer zweiten Antragsphase ihre Konzepte detailliert ausarbeiten. Die zwölf ausgewählten Regionen erhielten für die darauffolgenden drei Monate jeweils bis zu 50.000 Euro, um Kontakte zu potentiellen Partnern zu knüpfen und Netzwerke weiter auszubauen. Am 30. August 2013 endete nun die zweite Antragsphase. Die bis zu fünf Gewinnerregionen werden im Oktober 2013 ausgewählt und können sich auf eine Unterstützung für bis zu vier Jahre mit insgesamt 20 Millionen Euro bei der Umsetzung Ihrer Ideen freuen. Zur Auswahl stehen:

- Flexible und individualisierte Netzwerke für präventive Gesundheitsdienstleistungen, Region Augsburg/Schwaben
- Berlin-Brandenburger Labor für betriebliche Prävention, Region Berlin-Brandenburg
- Regionale Prävention für Menschen über 65 Jahren, Region Greifswald /Ostvorpommern
- Gesundheitsregion IngolStadtLandPlus, Region Ingolstadt
- Prävention durch Integration - für ein gesundes Miteinander, Region Jena

- Aktives und gesundes Altern im Rheinland, Region Köln/Bonn
- Prävention von Mangel- und Unterernährung im Alter, Region Ländlicher Raum Sachsen
- Chemnitz+ - Zukunftsregion lebenswert gestalten, Region Mittleres Sachsen
- Gesundheit 4.0 - Europäische Metropolregion Nürnberg, Region Nürnberg
- Gesunde Region Oberfranken - Schulen als Zentrum regionaler Gesundheitsförderung, Region Oberfranken
- Präventionsnetzwerk Ortenaukreis, Region Ortenaukreis
- Ältere als (Ko-)Produzenten von Quartiersnetzwerken, Region Ruhrgebiet

Bisher sind die Gewinner der zweiten Wettbewerbsphase noch nicht bekannt gegeben. Wir dürfen gespannt sein. Vorläufige Informationen erhalten Sie [hier](#).

Ältere als (Ko-)Produzenten von Quartiersnetzwerken

Netzwerk und Technik im Quartier - ein Beispiel eines Projekts beim Wettbewerb „Gesundheits- und Dienstleistungsregionen von morgen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Das Projekt des QuartiersNETZ in Gelsenkirchen wurde unter die besten zwölf der ersten Phase gewählt. Es beschäftigt sich mit den folgenden Fragestellungen: Ältere Menschen haben andere Ansprüche und Bedürfnisse an Technik und Netzwerke. Wohnortnahe Angebote und die Möglichkeit lange selbstbestimmt im gewohnten Umfeld zu leben sind für sie von großer Bedeutung. Wie lassen sich diese Bedürfnisse bedarfsgerecht und niederschwellig umsetzen und welche technischen Hilfsmittel sind hierbei sinnvoll?

Zusammen mit SeniorInnen entwickeln Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft konkrete Ideen zur Nutzung von Technik und dem Aufbau von Quartiersnetzwerken. Somit wird die Zielgruppe

selbst zum (Ko)-Produzenten. Daraus ergeben sich mehrere Vorteile: Zum einen können die konkreten Bedarfe für soziale und technische Lösungen direkt ermittelt und dafür praxisnahe Lösungen gesucht werden. Zum anderen fördert es den Austausch und die Netzwerkbildung.

Die technischen Hilfsmittel sollen soziale Vernetzung, Kommunikation und Informationsaustausch ermöglichen und vereinfachen. Technikaffine SeniorInnen sollen als Multiplikatoren genutzt und so Hemmschwellen abgebaut werden. Unterstützt wird dies durch ein Schulungs- und Beratungskonzept.

Das Konzept soll in einem Zeitraum von drei Jahren in sechs Quartieren erprobt und die Ergebnisse auf Übertragbarkeit hin überprüft werden. Insbesondere hinsichtlich der Netzwerkentwicklung, der Gewinnung von älteren MitbürgerInnen für bürgerschaftlichen Engagement und den von den Kommunen zu schaffenden professionellen Begleitstrukturen.

Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#).

Vortragsreihe zum demografischen Wandel

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) widmet eine öffentliche Vortragsreihe dem Thema des Wissenschaftsjahres, das unter dem Titel „Die demografische Chance“ die Auswirkungen und Herausforderungen des komplexen demografischen Wandels behandelt. Ab dem 14.11.2013 werden in sechs Vorträgen, in der Reihe Colloquium Fundamentale, die verschiedenen Facetten des demografischen Wandels global betrachtet.

- Die demografische Entwicklung in Deutschland und Europa. Ursachen, Trends und gesellschaftliche Herausforderungen

- Warum wächst die Weltbevölkerung? Herausforderungen und Chancen des globalen demografischen Wandels
- Gegenläufige Städteentwicklungen: Megacities vs. Shrinking Cities
- Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt: Zwischen Chancen und Risiken
- Migration und Integration in Zeiten des demografischen Wandels
- Podiumsdiskussion: Generationengerechtigkeit – eine utopische Hoffnung?

Die Vortragsreihe wendet sich an Studierende und Mitglieder des KIT sowie an die interessierte Öffentlichkeit. Wer keine Zeit hat sich die Vorträge anzuhören, dem stehen diese im Nachhinein online als Video zur Verfügung. Die Videoaufzeichnungen finden Sie im Anschluss [hier](#), ebenso wie Aufzeichnungen vergangener Veranstaltungen. Weitere Informationen zum Colloquium Fundamentale finden Sie [hier](#).

Schwarzes Loch in der Einwohnerstatistik Teil II - Fortsetzung des Zahlenkrimis

Das Thema bleibt aktuell. Spiegel online schreibt am 05.08.2013 im Artikel „Die Lücken der Bevölkerungsstatistik“ brisantes: „In über 250 Orten weicht die neue Einwohnerzahl um mehr als 10 % von der alten amtlichen Ziffer ab. In immer noch gut 20 Gemeinden sind es sogar Fehler von mindestens 20 %“

Auf die Anfrage des İbİs Infodienstes Demografie räumt das Bundesamt für Statistik in den folgenden vier Bereichen Fehler ein: Bei der Sonderbereichserhebung, der Mehrfachfallprüfung, der Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten sowie der Haushalbefragung auf Stichprobenbasis, die zum einen hochgerechnet und nur in Gemeinden über 10.000 Einwohnern durchgeführt wurden.

Wir halten Sie auch in Bezug auf die Klagen der Kommunen auf dem Laufenden.

İbis – Rezension

Vorschlag für eine neue Demografiestrategie - Anleitung zum Wenigersein

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung fordert eine neue gesamtdeutsche Demografiestrategie. Die Alterung und Schrumpfung der Arbeitsbevölkerung müsse langfristig angegangen werden und dürfe nicht wie derzeit bis 2030 konzipiert sein und auf unrealistischen Wachstumsprognosen basieren. Das Hauptproblem liege darin, dass bisher keine umfassenden und realisierbaren Konzepte in den Bereichen Familienpolitik, Fachkräftesicherung, Sozialsysteme und Regionalpolitik vorlägen.

In der Familienpolitik gelte es, die bisherigen Konzepte an die Wirklichkeit anzupassen und flexiblere Modelle zu etablieren. Es sei notwendig, eine Betreuungsinfrastruktur für Familien zu etablieren, die qualitativ hochwertig sein und mehr bieten müsse als die klassischen Teil- und Vollzeitmodelle. Sie müsse ermöglichen, dass Eltern ihre Arbeitsintensität der jeweiligen Lebenssituation anpassen könnten, unabhängig von Familienstand und Verwandtschaftsverhältnissen. Ganztagschulen, die Förderung betrieblicher Betreuungseinrichtungen und angepasste Kita Öffnungszeiten seien hierfür unter anderem nötig.

Zur Absicherung des Fachkräftebedarfs reiche es nicht wie bisher, sich vorrangig auf die Aktivierung von Arbeitslosen, Frauen und Älteren zu verlassen. Ohne eine gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte sei diese Lücke nicht zu schließen. Deutschland sollte aus diesem Grund seine Attraktivität als Einwanderungsland verbessern. Dies gelänge durch den Auf- und Ausbau der Willkommenskultur, sei es durch Sprachangebote im Ausland oder Starthilfen.

Weiterhin müssten die vorhandenen Potenziale, Frauen und Ältere, gezielt gefördert werden.

Zur Sicherung der Renten-, Pensions- und Gesundheitssystemen schlägt das Berlin Institut vor, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln und eine zusätzliche private sowie betriebliche Altersvorsorge verpflichtend zu machen. Durch mehr Wettbewerb solle das Gesundheitssystem effizienter werden. So sollten z.B. die Rentenanpassungen immer die Belastbarkeit der Beitragszahler berücksichtigen, Selbstständige automatisch in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen und pflegende Angehörige besser unterstützt werden.

Weiterhin sei es notwendig den Anspruch auf „gleichwertige Lebensverhältnisse“ im schrumpfenden ländlichen Raum im Vergleich zu Ballungsgebieten als nicht realisierbar hinzunehmen. Statt in ländlichen Kommunen auf eine regionale Umverteilung von Kosten und Ressourcen zu setzen, sollten diese in ihrem aktiven Schrumpfungsprozess aktiv unterstützt und begleitet werden. Kleinteilige kommunale Struktur, welche um EinwohnerInnen und finanzielle Zuwendungen kämpfen müssten, sollten z.B. zu Großgemeinden zusammengeschlossen werden, um gemeinsam an einem wirksamen Konzept arbeiten zu können. Essenziell sei, dass Kommunen mehr Handlungsspielraum und frei verfügbare finanzielle Mittel erhielten, wie z.B. eine Förderung des Bundes für kreative und bedarfsorientierte Lösungen vor Ort. Nachbarschaftshilfe, betreute Senioren-WGs oder Dörfer, Arztmobile und andere Initiativen vor Ort könnten nicht nur vorhandene staatliche Einrichtungen entlasten, sondern den Standpunkt auch attraktiver gestalten.

Wichtig sei, dass alle Herausforderungen der demografischen Entwicklung transparent kommuniziert würden, um die Bevölkerung über die bevorstehende Entwicklung zu informieren und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Interessant wird die Diskussion dieses umfassenden Vorschlags einer neuen Demografiestrategie.

Weiter Informationen hierzu finden Sie [hier](#).